

Rückschau Aktionswoche von „AufRecht bestehen“ vom 23. – 31.10.2023

Orte – Gruppen – Aktivitäten

Auf
Recht
bestehen

**Der Armut endlich
den Kampf ansagen!**

Zwar hat sich die offizielle Inflationsrate abgeschwächt und die Großhandelspreise für Energie sind gesunken. ABER: Die Preise, insbesondere für Nahrungsmittel und Energie, sind weiterhin sehr hoch und für immer mehr Menschen kaum noch oder nicht mehr zu stemmen. Trotz einiger nach dem Gießkannenprinzip verteilter Maßnahmen der Ampelregierung zum Inflationsausgleich wirken sich die Preissteigerungen für breite Teile der Bevölkerung verheerend aus. So sind der europäischen Statistikbehörde Eurostat zufolge über elf Prozent nicht imstande, sich zumindest jeden zweiten Tag vollwertig zu ernähren. Die Armut wächst rasant, ein Fünftel der Bevölkerung in der reichen Bundesrepublik gilt als arm oder „armutsgefährdet“, Kinder und Jugendliche betrifft dies sogar zu fast einem Viertel.

Die Inflation wird begleitet von einer massiven Wohnungsnot und hohen Mieten vor allem in den Städten, Sozialwohnungen bzw. „bezahlbarer Wohnraum“ generell stehen viel zu wenig zur Verfügung. Rund elf Millionen Mieterhaushalten mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein stehen nur rund eine Million Sozialwohnungen mit sinkender Tendenz gegenüber.

Die jetzige Regierungskoalition ist vor ihrer Amtsübernahme im Wesentlichen mit zwei zentralen sozialpolitischen Versprechen angetreten: der „Überwindung“ des Hartz IV-Systems und seiner Ersetzung durch ein so genanntes „Bürgergeld“ und der Bekämpfung bzw. Abschaffung der skandalösen Kinderarmut durch eine „Kindergrundsicherung“. Das Bürgergeld hat sich trotz einiger Verbesserungen im Kern als eine bloße Umetikettierung von Hartz IV erwiesen. Eine wesentliche Verbesserung im Bürgergeldkonzept sollte der Ausbau der beruflichen Qualifizierung sein. Dieses Versprechen fällt dem Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2024 zum Opfer, schon jetzt gibt es bei den Weiterbildungszahlen ein Minus von sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Kindergrundsicherung droht noch vor ihrer Einführung zu scheitern, da mit zwei Milliarden Euro nur ein Bruchteil des für ihre Umsetzung benötigten Geldes zur Verfügung gestellt werden soll.

Wir wollen uns mit der wachsenden Ungleichheit und Armut nicht abfinden und fordern daher:

- Der Eckregelsatz für alleinstehende Erwachsene muss sofort um 200 € erhöht werden, die anderen Regelbedarfsstufen entsprechend.
Darüber hinaus muss zeitnah eine Neuberechnung erfolgen, die sich an der Realität orientiert.
Hohe Inflation muss auch außerhalb der regelmäßigen Anpassung mit einer entsprechenden Erhöhung des Regelsatzes ausgeglichen werden. Denn bereits 2014 hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet, dass er bei Kenntnis von „Unterdeckungen existenzieller Bedarfe“ sofort darauf reagieren müsse, „um sicherzustellen, dass der aktuelle Bedarf gedeckt sei“.

Die Stromkosten müssen aus der Regelsatzberechnung rausgenommen und in voller Höhe übernommen werden.

- Die Wohnkosten inklusive der Heizkosten müssen auch nach der einjährigen Karenzzeit in voller Höhe übernommen werden, auch für Haushalte deren Wohnkosten schon vor der Coronakrise als unangemessen galten und daher seit Jahren nur gekürzt übernommen werden.
- Die Einführung einer antragslos zu gestaltenden Kindergrundsicherung muss Kinder und Jugendliche aus der Armut holen und eine aktive Teilhabe ermöglichen. Dazu ist eine Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums ebenso unerlässlich wie ein Konzept, das alle Kinder erreicht, auch die, die in verdeckter Armut leben.
- Zur Verbesserung der Lage von Kindern und Jugendlichen ist außerdem ein Ausbau kostenfreier Bildungs- und Freizeiteinrichtungen dringend erforderlich, ebenso wie zum Beispiel ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen.
- Der Mindestlohn muss auf mindestens 14 Euro erhöht werden. Um zu verhindern, dass immer mehr Menschen im Alter in die Grundsicherung fallen, muss die gesetzliche Rente entsprechend angehoben werden und eine armutsfeste Mindestrente eingeführt werden. Zudem muss der BAföG-Satz dringend an die Inflationsentwicklung angepasst werden.

Wir brauchen einen Ausbau der Daseinsvorsorge insbesondere in den Bereichen sozialer Infrastruktur, Gesundheit, Bildung, Wohnung, Mobilität, Energieversorgung usw. statt eine weitere Privatisierung.

8. September 2023

* Das Bündnis AufRecht bestehen wird getragen von: Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS - NICHT WEHRLOS“ Wolfsburg (ANW), BASTA!, Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA), Bundes-Erwerbslosen-Ausschuss Gewerkschaft ver.di, Duisburger Initiative „AufRecht bestehen!“, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Gruppe Gnadenlos Gerech Hannover, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, Widerspruch e.V. Bielefeld und anderen örtlichen Bündnissen und Initiativen.

Wer bei den

**Arbeitslosen kürzt,
drückt auch die Löhne.**



Koordinierungsstelle
gewerkschaftlicher
Arbeitslosengruppen

Wedel

Gruppen:

- Arbeitslosenselbsthilfe - Arbeit für alle - e.V.

Aktivitäten:

23.10. Vorstellung der Forderungen von „AufRecht bestehen“ im Rahmen der wöchentlichen Montagsdemo auf dem Rathausplatz



Berlin

Gruppen:

- AK Arbeitslosigkeit IG Metall Berlin
- Erwerbslosenausschuss ver.di Berlin
- AK Erwerbslose IG BAU Berlin
- Gewerkschaftlicher Erwerbslosenarbeitskreis Südbrandenburg (GELA)
- Erwerbslosenausschuss ver.di Sachsen West-Ost-Süd
- KOS

Aktivitäten:

26.10. Infostand/Kundgebung vor dem Jobcenter Wedding



Der Armut endlich den Kampf ansagen!

Die Armut in der Bundesrepublik wächst rasant. Immer größere Teile der Bevölkerung sind kaum noch oder nicht mehr in der Lage, mit ihrem Geld über den Monat zu kommen. Die Preise bleiben hoch, insbesondere für Nahrungsmittel, Energie und Mieten. Sozialwohnungen bzw. bezahlbaren Wohnraum gibt es kaum noch.

Statt diesen skandalösen Zuständen mit sozialpolitischen Maßnahmen zu begegnen, tut die Bundesregierung das Gegenteil: während das „Bürgergeld“ sich im Wesentlichen als eine bloße Umetikettierung von Hartz IV erwiesen hat, droht die „Kindergrundsicherung“ mit einer geplanten Finanzierung von läppischen 2,4 Mrd. Euro zu einer reinen Verwaltungsreform zu werden, statt Kinder und Jugendliche aus der Armut zu holen. Im kürzlich vorgelegten Haushaltsentwurf 2024 sind für den Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich enorme Kürzungen vorgesehen, während ein Fünftel aller staatlichen Ausgaben in militärische Zwecke fließen sollen.

Die geplante Kürzungspolitik im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich ist ein Angriff auf den Sozialstaat, der uns alle betrifft! Wir können ihn nur gemeinsam abwehren, indem wir uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen organisieren!

Wir fordern:

- **Rücknahme aller Kürzungsankündigungen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich sowie eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder und Jugendlichen aus der Armut holt**
- **Sofortige Erhöhung des Bürgergeldes und Übernahme der Wohn- und Energiekosten in voller Höhe**
- **Deutliche Erhöhung des Mindestlohns und eine armutsfeste Mindestrente**
- **Ausbau der Daseinsvorsorge statt Kürzung und Privatisierung**



Koordinierungsstelle
gewerkschaftlicher
Arbeitslosengruppen

Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosarbeit e.V.

Gewerkschaftlicher
Erwerbslos - Arbeitskreis
GELA
Südbrandenburg



www.erwerbslos.de

V.i.S.d.P.: Heike Wagner, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin

Bremerhaven

Gruppen

- Arbeitskreis Arbeitssuchende der IGM in Bremerhaven
- Erwerbslosenausschuss ver.di Bremen
- Erwerbslosengruppe GEW Bremen

Aktivitäten:

26.10. Infostand in der Fußgängerzone in der Bürgermeister Smidt-Straße

Aktion AufRecht bestehen am 26.10.2023 in Bremerhaven vor der großen Kirche

Der Armut endlich den Kampf ansagen!

Die Arbeitskreise der Erwerbslosen-Gruppen aus Bremen und Bremerhaven informierten gemeinsam in Bremerhaven am 26. Okt. in der Fußgängerzone die vorübergehenden Bürgerinnen und Bürger mit einem Infotisch und Flugblättern zur bundesweiten Aktions-Woche „Aufrecht bestehen“ der KOS (Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen)



Immer größere Bevölkerungsteile verarmen, ob sie Arbeit haben oder nicht. Das Einkommen der Erwerbsarbeit reicht bei vielen nicht aus und auch die Lohnersatzleistungen nicht für ein menschenwürdiges Leben. Auch Renter:innen sind betroffen und müssen zu den Tafeln gehen und Wohngeld beantragen, obwohl viele von ihnen ein Leben lang gearbeitet haben.

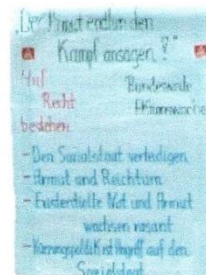


Auch wenn Hartz IV jetzt Bürgergeld heißt, es ist immer noch nicht existenzsichernd! Seit Jahren kennen wir die Lippenbekenntnisse der Politiker:innen, doch die Rahmenbedingungen verschärfen sich immer mehr. Die Bedürftigkeit wird immer größer. Statt den Sozialstaat zu verteidigen wird in Rüstung investiert.

Gemeinsam die staatliche Armut bekämpfen, wir bleiben solidarisch!

Wir wollen uns mit der wachsenden Armut und den Angriffen auf den Sozialstaat nicht abfinden und fordern daher:

- Rücknahme aller Kürzungsankündigungen im Gesundheits- und Sozialbereich
- sofortige Erhöhung des Bürgergelds und Übernahme der Energiekosten in voller Höhe
- eine Kindergrundsicherung, die den Namen verdient und Kinder und Jugendliche aus der Armut holt
- eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns und eine armutsfeste Mindestrente
- Ausbau der Daseinsvorsorge statt Kürzung und Privatisierung



Die Aktion in Bremerhaven wurde von den Passanten positiv bewertet. Gerade in Bremen und Bremerhaven ist die Arbeitslosigkeit und die Armut sehr hoch. Flugblätter und Giveaways wurden von uns verteilt und gerne mitgenommen. Ein Umdenken in unserer Gesellschaft muss stattfinden, so dass das alte Klischee, dass Armut nicht immer Ausdruck von Faulheit ist auch bei denen ankommt, die darüber früher anders gedacht haben.

Das Bündnis ‚AufRecht bestehen‘ wird getragen von: Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS - NICHT WEHRLOS“ Wolfsburg (ANW), BASTA!, Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA), Bundes-Erwerbslosen-Ausschuss Gewerkschaft ver.di, Duisburger Initiative „AufRecht bestehen!“, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Gruppe Gnadenlos Gerech Hannover, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, Widerspruch e.V. Bielefeld und anderen örtlichen Bündnissen und Initiativen.


Wolfsburg

Gruppen

- Arbeitskreis „Arbeitslos Nicht Wehrlos“ der IG Metall Wolfsburg

Aktivitäten

01.11. Erwerbslosenfrühstück im Gewerkschaftshaus



Pressemitteilung



Wolfsburg, 1.11.2023

Arbeitskreis ANW veranstaltet Erwerbslosenfrühstück: Mitglieder fordern Stärkung des Sozialstaats

Wolfsburg – In Auch wenn sich die Inflationsrate etwas abgeschwächt hat und die Energiepreise etwas gesunken sind: Die aktuell weiterhin sehr hohen Lebenshaltungskosten stellen immer mehr Familien auch in unserer reichen Bundesrepublik auf eine harte Probe. Immer größere Teile der Bevölkerung sind nicht mehr oder kaum noch in der Lage, mit ihrem Geld über den Monat zu kommen. Ein Fünftel der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist arm oder „armutsgefährdet“, Kinder und Jugendliche betrifft dies sogar zu fast einem Viertel. Rund 7,5 Millionen Beschäftigte hängen im Niedriglohnsektor fest und offiziell 19 Prozent der Rentnerinnen und Rentner sind von Altersarmut betroffen.

Um auf diese erschreckenden Zahlen und die steigende Not hinzuweisen sowie den von Armut betroffenen Menschen aus Wolfsburg und der Region einen schönen und einmal sorgenfreien Vormittag zu bereiten, organisierte der Arbeitskreis „Arbeitslos - Nicht Wehrlos“ (ANW) der IG Metall Wolfsburg jetzt wieder das „Erwerbslosenfrühstück“ im Gewerkschaftshaus. Rund 70 Gäste kamen und genossen ein reichhaltiges Frühstück. Als Nahrung für den Geist hatten die Arbeitskreis-Mitglieder wichtige Infos und Beratung zu Themen wie Bürgergeld oder Kindergrundsicherung mitgebracht.

Das Erwerbslosenfrühstück, das unmittelbar nach dem Weltarmutstag stattfand, reihte sich in diesem Jahr ein in eine dezentrale, bundesweite Aktionswoche des Bündnisses „AufRecht bestehen“. Angesichts der prekären Lage fordert das Bündnis einen Politikwechsel. „Die Verbesserungen beim Bürgergeld sind zwar ein positives Signal, reichen aber bei weitem nicht aus. Insbesondere beim Thema Weiterbildung und Qualifizierung muss mehr geschehen, damit das Bürgergeld nicht das bleibt, was Hartz IV schon immer war: Eine Armutsfalle“, sagt ANW-Sprecher Michael Melcher. „Wenn darüber diskutiert wird, dass Arbeit sich nicht mehr lohnt, liegt das nicht an einem angeblich zu hohen Bürgergeld, sondern an zu niedrigen Löhnen“, betont Dieter Mollenhauer, stellvertretender Sprecher des AK ANW.

Insgesamt brauche es dringend eine Stärkung des Sozialstaats. „Wir brauchen unter anderem dringend eine Erhöhung des Mindestlohns und des Rentenniveaus, mehr Investitionen in Bildung und bezahlbaren Wohnraum sowie die Einführung einer ausreichenden Kindergrundsicherung. Dafür muss die Politik der schwarzen Null beendet werden. Stattdessen plant die Regierung eine Kürzungspolitik und will die staatlichen Ausgaben für militärische Zwecke vervielfachen. Das ist ein Angriff auf unseren Sozialstaat, der den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ernsthaft gefährdet“, mahnt Melcher.